

LAG Berlin c/o EFB Caritas
Pfalzburger Straße 18 | 10719 Berlin

- An:
- Frau **Lisa Paus**, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
 - Herrn Prof. Dr. **Karl Lauterbach**, Bundesminister für Gesundheit
 - Frau **Astrid-Sabine Busse**, Senatorin für Bildung, Jugend und Familie
 - Frau **Ulrike Gote**, Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung

- Cc:
- Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (Bke)
 - Berliner Beirat für Familienfragen
 - Berufsverband Deutscher Psychologen (BDP)
 - Bundespsychotherapeutenkammer
 - DV, AGJ, und DJI sowie an
 - Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege

Betreff: Petition der Landesarbeitsgemeinschaft für Erziehungsberatung Berlin zur Versorgungslage von Kindern und Jugendlichen: Psychotherapeutische und beraterische Versorgungsdefizite für Kinder, Jugendliche und Ihre Familien dringlichst beseitigen!

Petition zum Ausbau der psychologischen, psychotherapeutischen und psychiatrischen Versorgung von Kindern, Jugendlichen und Familien

Der Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft für Erziehungsberatung im Land Berlin richtet sich mit dieser Petition an politische Entscheidungsträger sowie Kolleginnen und Kollegen aus den Bereichen der Jugendhilfe, des Gesundheitswesens und der Bildung mit der Bitte, sich unserem Aufruf anzuschließen, um die psychotherapeutisch-beraterische Versorgungssituation von Kindern und Jugendlichen zu verbessern.

In den Berliner Erziehungs- und Familienberatungsstellen werden jährlich ca. 17.000 Familien zu Fragen der Entwicklung von Kindern, Jugendlichen und zur familiären Erziehung beraten. Seitdem sich die Corona-Pandemie ihrem Ende zuneigt, beobachten wir mit wachsender Besorgnis, dass Kinder, Jugendliche und ihre Familien häufiger, anhaltender, komplexer und schwerer mit psychischen, körperlichen und sozialen Belastungen kämpfen müssen, als noch vor Ausbruch der Pandemie. Diese Besorgnis teilen wir mit vielen in den Bereichen der Jugendhilfe, des Gesundheitswesens und der Bildung Tätigen¹. Dass dieser generelle Befund nicht nur aus Einzelfallberichten stammt, belegen inzwischen zahlreiche Studien, die die Folgen der Corona-Krise sowohl in Bezug auf die Auswirkungen für betroffene Kinder und Familien als auch mit Bezug auf die Versorgungssituation beleuchten^{2 3}.

¹ Vgl. auch BMFSFJ (2023): IMA – Abschlussbericht: Gesundheitliche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche durch Corona (Berlin/Bonn 8. Februar 2023)

² Einen Überblick über 65 Studien bietet bspw.: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (Hrsg.) (2022): In Armut aufwachsen während Krisenzeiten. Berlin: Eigenverlag.

³ Neuester Überblick: Robert Koch Institut (2023): Journal of Health Monitoring: Veränderungen der psychischen Gesundheit in der Kinder- und Jugendbevölkerung in Deutschland während der COVID-19- Pandemie – Ergebnisse eines Rapid Reviews. DOI 10.25646/10760. 2023 (8) (S1)

Die Versorgungssituation in diesem Sektor war bereits vor der Corona-Pandemie angespannt und nicht ausreichend. Nunmehr aber ist das Versorgungssystem so überfordert, dass Hilfsmöglichkeiten nicht mehr rechtzeitig, sondern i. d. R. mit unzumutbaren Wartezeiten realisiert werden.

Beispielsweise sind

- stationäre kinder- und jugendpsychiatrische Einrichtungen nicht mehr in der Lage, zeitnah und bedarfsgerecht einen Behandlungsplatz anzubieten,
- ambulante Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapieplätze entweder gar nicht mehr zu vermitteln oder verbunden mit Wartezeiten von einem Jahr oder länger,
- stationäre therapeutische Plätze in der Jugendhilfe ebenfalls nur noch mit größtem Aufwand und bei Nachweis einer massiven Gefährdung zu vermitteln.

Diese Situation überfordert in der Folge auch ambulante und komplementäre Einrichtungen wie Erziehungs- und Familienberatungsstellen (EFB) erheblich, da deren Angebote aufgrund des Fehlens von Alternativ- oder Anschlusshilfen zunehmend nachgefragt und durch langfristige Interventionen belegt sind, was wiederum die kurzfristige und niederschwellige Versorgung von Kindern, Jugendlichen und Familien immer schwieriger macht.

Kurzum: Die psychologische, psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung von Kindern, Jugendlichen und Familien droht zu kollabieren oder befindet sich bereits mitten im **Versorgungsnotstand**.

Trotz einiger Entlastungsmaßnahmen, z. B. durch eine Aufstockung der Personalkapazität bei den Berliner Erziehungs- und Familienberatungsstellen um knapp 15% im lfd. Jahr und in Teilen der Berliner Schulpsychologie, wird das Grundproblem bisher nicht behoben.

Wir fordern daher, dringend bundesweit

- **die Behandlungsplätze in der stationären und teilstationären Kinder- und Jugendlichenpsychiatrie**
 - **die stationären und teilstationären Betreuungsplätze in der Kinder- und Jugendhilfe**
 - **die Therapieplätze für ambulante Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapien**
 - **sowie die Beratungskapazitäten in den Erziehungs- und Familienberatungsstellen**
- in erheblichem Umfang, d. h. um mindestens 25 Prozent, dauerhaft auszubauen.**

Ferner fordern wir, dass verstärkt **Forschung** mit Versorgungs- und Behandlungsstudien zur Erfassung von Indikation, Behandlung und Wirkung unter dem Aspekt der Pandemie und deren Auswirkungen finanziert werden, da wir nach wie vor nicht über ausreichend zeitnahe und evidenzbasierte Versorgungszahlen verfügen.

Mit diesen Forderungen schließen wir uns der Stellungnahme des Berliner Beirats für Familienfragen vom 20.1.2023⁴ an und unterstützen dessen Anliegen vollumfänglich.

Berlin, im März 2023

Dorothee Blauert & Andreas Bodemann & Ralf Cebulla & Bernhard Huf & Karin Jacob
für den Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft für Erziehungsberatung Berlin e.V.

⁴ Berliner Beirat für Familienfragen (2023): Lehren aus der Corona-Pandemie ziehen: Familien stärken und in Krisenzeiten gut absichern. https://www.familienbeirat-berlin.de/fileadmin/Stellungnahmen/BBfF_Stellungnahme_Lehren_aus_Coronapandemie_ziehen_2023_01.pdf